



Wahlprüfsteine Kita-Politik für die Landtagswahl 2026 in RLP

Übersicht über Pläne, Ideen und Absichten der Parteien, für die Legislaturperiode 2026-2031

Wir haben die zur Wahl stehenden Parteien angeschrieben
(<https://kitafachkraefteverband-rlp.de/wahlpruefsteine-fuer-die-landtagswahl-2026-in-rlp/>). Geantwortet haben uns bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung: SPD, CDU, Grüne, FDP, Freie Wähler, Linke, Volt und Tierschutzpartei.

1. Verbesserung des Personalschlüssels/ Annäherung an fachliche Mindestanforderungen:

SPD: In RLP werden die von Bund und Ländern verabschiedeten Personalstandards bereits übertroffen. Die Kita-Leitungen sollen mehr Zeit bekommen und die Stundenanteile für die Praxisanleitungen erhöht werden. Der Personalisierung der Ü2-Plätze liegt eine Mischkalkulation zugrunde, bei der beachtet wurde, dass für zweijährige Kinder mehr Betreuung als für Vorschulkinder notwendig ist.

CDU: Vorgesehen waren beim im Jahr 2024 in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurfes (Antrag wurde abgelehnt) knapp fünf Prozent mehr Personal in der U2-Betreuung und zehn Prozent mehr Personal bei den über Zweijährigen. Die Fachkraft-Kind-Relation muss

perspektivisch weiter an wissenschaftliche Empfehlungen herangeführt werden. Mehr Leitungsfreistellung und zusätzliche Sprachförderkräfte sollen gewährt werden.

Die Grünen: Neue Kita-Gesetzgebung hat die Situation bereits verbessert und beispielweise einheitliche Qualitätsstandards geschaffen. Fachkraft-Kind-Schlüssel soll perspektivisch verbessert werden, sobald es die Fachkraftsituation zulässt. Es dürfen aber keine Kita-Plätze verloren gehen.

FDP: Personalsituation in den Kindertagesstätten soll nachhaltig verbessert werden – sowohl quantitativ als auch qualitativ. Fachkräfte sollen gewonnen, im Beruf gehalten und von fachfremden Aufgaben entlastet werden. Rückmeldungen aus der Praxis werden sehr ernstgenommen. Regelungen, die pädagogisch nicht sinnvoll wirken oder zu Belastungen führen, müssen überprüft werden. Insgesamt muss mehr qualifiziertes Personal ins System gebracht werden.

Freie Wähler: Perspektivisch sollen Personalschlüssel in Kitas verbessert werden, ein verpflichtendes Vorschuljahr (Klasse 0) wird vorgeschlagen, das an die Grundschulen angedockt wird. Wird im Kita-Bereich nicht investiert, werden perspektivisch die Probleme an den Schulen größer.

Die Linken: Ein dauerhaftes Bundes-Kita-Qualitätsgesetz soll Personalschlüssel von 1:3 im U3 Bereich und 1:7 im Ü3 Bereich festschreiben. Der Bund muss in eine starke Mitfinanzierung des Kita-Systems einsteigen.

Volt: Personalschlüssel 1:3 für Kinder unter drei Jahren (U3) und 1:7,5 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren werden angestrebt. Maximale Gruppengröße soll auf 12 Kinder in der U3-Betreuung bzw. 15 Kinder in der Ü3-Betreuung begrenzt werden. Aufbau multiprofessioneller Teams mit Erziehungskräften, Sozialassistenten, Integrationskräften sowie psychologischem und therapeutischem Fachpersonal.

Tierschutzpartei: Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation besonders für U3 Kinder. Annäherung an fachliche Mindestanforderungen. Verbindliche Personalquoten nach U3/Ü3 sollen eingeführt werden, um fachlich angemessene Betreuung für alle Altersgruppen sicherzustellen.

2. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel:

SPD: An der Fachkräftevereinbarung, dass 70 Prozent der Fachkräfte in den Kitas mindestens eine Ausbildung auf dem Niveau von Erzieherinnen und Erziehern haben müssen, wird festgehalten. Profilergänzende Kräfte ermöglichen mehr Multiprofessionalität. Weiterhin wird Werbung für den Beruf mit der preisgekrönten Kampagne des Landes „Werde Erzieherin/ Erzieher“ gemacht. Bezahlte Ausbildung soll zur Regel werden. Die geplanten Reformen im Bereich Sozialassistenten/Erzieher bzw. Erzieherin werden positiv bewertet.

CDU: Weiterer Ausbau praxisintegrierter und vergüteter Ausbildungsmodelle, Programme zur Rückgewinnung von Fachkräften sowie gezielte Maßnahmen zur Personalgewinnung, insbesondere in ländlichen Regionen. Langfristige Bindung durch gute Arbeitsbedingungen mit verlässlichen Personalschlüsseln, mehr Leitungs- und Verwaltungszeiten und realistischen Rahmenbedingungen, die Überlastung vermeiden und den Beruf langfristig attraktiv machen.

Nichtfachkräfte sollen nur unterstützend tätig sein. Ziel ist, den Anteil qualifizierter Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen. Ausbildungen müssen gestärkt, modernisiert und attraktiver werden – aber nicht zu Lasten der Qualität. Veränderungen, welche die Ausbildung im Wesentlichen verkürzen oder „verschlanken“, werden kritisch gesehen.

FDP: Sinnvoller Einsatz ergänzender Kräfte wird begrüßt sowie ein breiter Professionenmix in der Kita. Nicht jede Aufgabe in einer Kita erfordert zwingend eine voll ausgebildete Fachkraft. Pädagogische Fachkräfte müssen die pädagogische Arbeit verantworten, können aber durch zusätzliche Kräfte sinnvoll unterstützt werden. Die praxisintegrierte Ausbildung ist ein Erfolgsmodell.

Die Grünen: Berufsbegleitende, gut vergütete Ausbildung muss flächendeckend ausgebaut werden, ausländische Abschlüsse sollen besser anerkannt werden und gezielte Fortbildungen angeboten werden. Die neue Ausbildungsform „Sozialpädagogische Assistenz“ eröffnet neue Wege und hilft, noch mehr Zielgruppen für das Feld der Kindertagesbetreuung zu gewinnen und die Fachkräfte vor Ort zu entlasten. Abweichung vom Fachkräftegebot wird kritisch gesehen und großen Wert auf die entsprechende Qualifizierung der in den Kitas tätigen Personen gelegt.

Freie Wähler: Verstärkte Information und Werbung für den Beruf in den letzten Klassen der Sekundarstufe 2. Erzieherberuf muss attraktiver werden. Aufgrund des Fachkräftemangels kann es sinnvoll sein, punktuell Nichtfachkräfte einzusetzen. Der Einsatz von Nichtfachkräften darf nicht zu einem Sparmodell verkommen. Fachkräfte müssen vorrangig eingestellt werden. Veränderte Ausbildungsformen, Quereinstieg und niedrigschwellige Ausbildungszugänge werden begrüßt. Das Modell des Sozialassistenten wird als sinnvoll empfunden, besonders als Chance für junge Leute mit Berufsreife. Nach dem erleichterten Einstieg muss es geeignete Weiterbildungsangebote geben.

Die Linken: Attraktivität des Berufs soll durch bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalschlüssel gesteigert werden, damit Fachkräfte im Beruf bleiben. Eine kostenfreie und vergütete Ausbildung, klare Qualitätsstandard sind wichtig. Nichtfachkräfte können Fachkräfte ergänzen, aber nicht ersetzen. Wenn der Anteil von Nicht-Fachkräften steigt, sinkt langfristig die Qualität und der Druck auf die ausgebildeten Fachkräfte steigt. Reformen stehen die Linken offen gegenüber, wenn sie Qualität sichern oder verbessern. Verkürzte Ausbildungen mit weniger Inhalt werden abgelehnt.

Volt: Notwendige Verbesserungen durch multiprofessionelle Teams, einen verbesserten Betreuungsschlüssel, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und mehr Qualität durch Qualifikation. Reformen in der Ausbildung dürfen nicht zu Qualitätsverlusten führen. Der Einsatz von Nichtfachkräften als reines „Sparmodell“ oder als dauerhaften Ersatz für qualifiziertes Personal wird abgelehnt. Ziel ist ein Mix an Kompetenzen, bei dem die pädagogische Leitung und Kernbetreuung stets in den Händen von gut qualifizierten Fachkräften liegt. Das Ziel, soziale Berufe durch Vergütung und mehr Praxis attraktiver zu machen, wird begrüßt. Kritisch wird die starke Reduktion der Unterrichtszeit, unklare Finanzierungsstrukturen und zusätzliche Belastungen für Schulen gesehen.

Tierschutzpartei: Bessere Arbeitsbedingungen durch bessere Personalschlüssel, verlässliche Arbeitszeiten und Entlastung von Bürokratie. Faire, landesweit einheitliche Bezahlung, Zulagen und Aufstiegsmöglichkeiten. Kostenfreie, vergütete Ausbildung und Weiterbildung, qualitätsgesicherte Quereinstiege. Gesundheitsprävention und Supervision, um Überlastung vorzubeugen. Verlässliche Landesfinanzierung schafft Planungssicherheit. Nichtfachkräfte sollen nur unterstützen. Fachkräftegewinnung durch bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen.

Reformen der Ausbildung müssen pädagogische Qualität sichern, praxisnah und vergütet sein, für Sozialassistentinnen müssen Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden. Mehr Praxis (Ausbildung in dualer Form) erfordert qualifizierte Anleitung und Unterstützung. Reformen sollen den Beruf stärken, nicht entwerten.

3. Inklusion:

SPD: Die Förder- und Beratungszentren sollen gestärkt werden und multiprofessionelle Teams ausgebaut werden. Der Weg der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, die passgenaue Hilfen aus einer Hand bietet, wird unterstützt. Die freien und öffentlichen Träger werden gezielt bei der Umsetzung unterstützt. Im Januar 2026 wurde das Zweite Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes verabschiedet. Weiterhin soll mehr als eine Milliarde Euro in Kitas investiert werden. Kita-Träger sollen weiterhin bei ihren vielfältigen Aufgaben unterstützt werden, auch bei der Ermöglichung von Teilhabe. Ein Prozent der zuwendungsfähigen Personalkosten bspw. für Fortbildung und Fachberatung, Supervision und Coaching können gezielt eingesetzt werden.

CDU: Stärkung der inklusiven Arbeit durch mehr Personal, mehr Leitungszeit und zusätzliche Sprachförderkräfte. Zusätzliche Ressourcen für Inklusion, Integration und Sprachförderung sollen zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist eine bessere Finanzierung durch das Land sowie eine feste Landesbeteiligung an den Baukosten von Kitas. Damit sollen notwendige Umbauten, Barrierefreiheit, eine Ausstattung für inklusive Arbeit und zusätzliche Räume ermöglicht werden. Verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte, um für die steigenden Anforderungen qualifiziert zu werden. Inklusive frühkindlicher Bildung wird als Teil des Bildungssystems gesehen. Dafür sind auf allen Ebenen verlässliche Rahmenbedingungen, klare Zuständigkeiten und eine angemessene Finanzierung notwendig. Die inklusive Ausgestaltung des SGB VIII wird unterstützt und soll verbindlich praxisnah durch eine enge Begleitung von Kommunen und Trägern umgesetzt werden.

Die Grünen: Im Bereich der Sprachförderung wurde bereits vieles angestoßen (Landescurriculum "Mit Kindern im Gespräch" oder Sprachbeauftragte insbesondere für Kitas in herausfordernder Lage). Mit dem Sozialraumbudget kann zusätzliches Personal entlang individueller Herausforderungen aufgebaut werden. Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas, um Eltern und Kitas von Bürokratie zu entlasten und schnelle Hilfe zu bieten. Ziel ist eine inklusive Bildung von Anfang an. Mit der Reform des Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde der Weg bereitet für die vollumfängliche Umsetzung der anstehenden SGB VIII-Reform. Jetzt muss die Bundesregierung die Reform angehen und nötige finanzielle Mittel bereitstellen. Das Land soll zum Beispiel mit Fortbildungen zu Inklusion, Vielfalt und psychischer Gesundheit für Fachkräfte unterstützen.

Freie Wähler: Gegebenenfalls muss nachjustiert werden. Nicht jedes Kind kann in einer Regeleinrichtung gut gefördert werden. Spezielle Fördereinrichtungen sind weiterhin notwendig und müssen bestehen bleiben. Kommunen und Träger müssen besser (finanziell) unterstützt werden, um Teilhabeleistungen entsprechend bieten zu können.

Die Linken: Kitas müssen mit ausreichend Personal nach fachlichen Empfehlungen, barrierefreien Räumen, adäquater Ausstattung und Fachwissen ausgestattet werden, damit alle Kinder gleichberechtigt teilhaben können. Inklusion ist nicht ein „zusätzliches Projekt“, sondern

zentrales Qualitätsmerkmal einer Kita. Ein Kita-Qualitätsgesetz soll Standards, die eine inklusive Arbeit mit hoher pädagogischer Qualität ermöglichen, festschreiben. Auf Landesebene müssen Personalschlüssel an eine inklusive Arbeit angepasst sowie Ausstattung und räumliche Anpassungen gefördert werden. Auf kommunaler Ebene sind Projekte zur Stärkung inklusiver Arbeit, die Unterstützung für bauliche Maßnahmen und die Förderung multiprofessioneller Teams wichtig. Der Übergang vom Kita-Bereich (frühkindliche Bildung) in den SGB VIII-Bereich (Kinder- und Jugendhilfe) muss professionell begleitet, finanziell gesichert und gesetzlich verankert werden. Kein Kind darf „zwischen den Systemen hängenbleiben.“

FDP: Anspruch ist eine inklusive Praxis, bei der kein Kind auf der Strecke bleibt. Einrichtungen brauchen die richtigen Rahmenbedingungen. Mit einem Landesstartchancenprogramm sollen Kitas gezielt dort unterstützt werden, wo Herausforderungen besonders groß sind. Gute Inklusion braucht nicht nur Haltung, sondern auch Ressourcen, Zeit und geeignete räumliche Bedingungen. Angestrebt wird eine datengestützte Steuerung über das Sozialraumbudget, um Kitas in sozial herausfordernden Lagen mehr Unterstützung zu bieten. Die Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des Sozialgesetzbuchs VIII wird hin zu einer inklusiveren Ausrichtung weiterentwickelt.

Tierschutzpartei: Kitas müssen verbindlich und langfristig unterstützt werden: durch verlässliche Finanzierung, bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel, zusätzliches Personal für Leitung und Vertretung, gezielte Entlastung durch Verwaltungs- und Unterstützungskräfte und Fachberatung. Bedarfsgerechter Ausbau inklusiver Kitas und Schulen, ausreichend Fachkräfte, kleinere Gruppen sowie klare Zuständigkeiten und verlässliche Finanzierung durch das Land, damit alle Kinder gleichberechtigt teilhaben können. Gut vorbereiteter, verbindlicher Übergang aller Leistungen ins SGB VIII, mit klarer Zuständigkeit, ausreichender Finanzierung, qualifiziertem Personal, schrittweiser Einführung und kontinuierlicher Begleitung.

Volt: Multiprofessionelle Teams, damit für jedes Kind die passende Expertise vor Ort ist. Bessere Betreuungsschlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7,5 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Regelmäßige Schulungen zu inklusiver Pädagogik und interkultureller Kompetenz sollen für alle Teams angeboten werden. Investitionsbudget, um Kitas zu barrierefreien und modernen Lebensräumen umzubauen, die inklusives Lernen technisch und räumlich ermöglichen. Programme wie Smart Kita werden von uns evaluiert. Aufhebung des Kooperationsverbots, damit der Bund sich dauerhaft an der Finanzierung von Inklusion und Digitalisierung in der Bildung beteiligen kann. Nationale Bildungsstrategie mit einheitlichen Qualitätsstandards wird gefordert. Neuordnung der Kommunalfinanzierung nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ (Konnexitätsprinzip). Das Land muss die Kommunen finanziell so ausstatten, dass Inklusion vor Ort nicht am Budget scheitert. Das Ziel der „Inklusiven Lösung“ (die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Kinder mit und ohne Behinderungen im SGB VIII) wird vollumfänglich unterstützt.

4. Angemessene Leitungsdeputate:

SPD: unnötige Bürokratie soll abgebaut und vor allen Dingen sollen Kita-Leitungen entlastet werden. Verwaltungskräfte zahlt das Land mit – ob Verwaltungskräfte allerdings eingestellt werden, darüber entscheidet der Träger der Einrichtung. Kita-Leitungen sollen gestärkt und professionalisiert werden. Das gilt auch für stellvertretende Leitungen.

CDU: Je nach Einrichtunggröße und Betreuungsumfang soll die Leitungsfreistellung um rund ein Drittel bis etwa die Hälfte gegenüber dem bisherigen Niveau erhöht werden. So soll sichergestellt werden, dass Leitungen ihren Aufgaben tatsächlich nachkommen können (Antrag wurde abgelehnt). Die Leitungsdeputate sollen schrittweise an fachliche Empfehlungen angepasst werden.

Die Grünen: Leitungsdeputate (auch für Stellvertretungen) sollen qualitativ und quantitativ weiterentwickelt werden. Evaluation des Kita-Gesetzes in der kommenden Legislatur wird zeigen, wo Handlungsbedarf besteht.

Freie Wähler: Die aktuelle Regelung muss auf den Prüfstand. Leitungsdeputate müssen angemessen sein. Zusätzliche Verwaltungskräfte für Kitas werden abgelehnt, es soll eher mehr in pädagogisches Personal investiert werden. Bürokratie muss abgebaut werden.

FDP: Leitungsaufgaben müssen realistisch hinterlegt und professionell unterstützt werden. Das ist eine gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Trägern. Ziel ist, Kita-Leitungen spürbar zu entlasten und ihnen mehr Zeit für Führungs- und Qualitätsaufgaben zu ermöglichen. Ein vielversprechender Ansatz sind kooperative oder gebündelte Verwaltungsstrukturen. Clusterlösungen können erprobt werden. Qualifizierungsangebote für Leitungen sind wichtig.

Die Linken: Orientierung an wissenschaftlich fundierten Richtlinien (z. B. Empfehlungen von Berufsverbänden, GEW, Deutsche Liga für das Kind), sodass Leitungspersonal ausreichend Zeit für pädagogische Steuerung und Teamführung hat. Bei großen Einrichtungen sollen Leitungsdeputate proportional zum Gruppen- und Personalumfang erhöht werden. Es wird eine finanzielle Absicherung durch Bundes- und Landesmittel gefordert. Die Linke unterstützt die Idee, Verwaltungsaufgaben in Kitas angemessen abzubilden, ohne dass dies auf Kosten der Leitungsdeputate geht. Stellvertretende Leitungen müssen qualifiziert, begleitet und zeitlich ausgestattet werden, um ihre Aufgaben fachlich und organisatorisch erfüllen zu können.

Tierschutzpartei: Aufstockung von Lehr- und Verwaltungsdeputaten, ohne Leitungsdeputate zu reduzieren, Fortbildungen und feste Zeitkontingente für stellvertretende Leitungen.

Volt: Langfristig wird angestrebt, das gesamte System an europäischen Best Practices wie in Finnland zu orientieren, wo hohe Qualitätsstandards und eine starke personelle Ausstattung die Basis für den Bildungserfolg bilden. Zusätzliche Unterstützung der Teams in der frühkindlichen Bildung durch Verwaltungspersonal.

5. Verbindliche Verfügungszeiten/Fortbildungen/ Zeiten für Praxisanleitung:

SPD: Im Kita-Gesetz wurden erstmals Zeiten (eine Stunde pro Woche) für die Praxisanleitung verbindlich festgeschrieben. Pädagogische Arbeitszeiten sind in die Personalbemessung integriert. Alltagsintegrierte Sprachbildung findet bereits heute an allen Kitas im Land statt. Den 350 Sprachbeauftragten in Kitas in herausfordernden Lagen stehen bis zu fünf Wochenstunden zusätzlich zur Verfügung. In der nächsten Legislaturperiode sollen 1.000 Kitas bis zu fünf Stunden zusätzlich für Sprachbeauftragte zur Verfügung gestellt werden.

CDU: Ausreichend Zeit für Planung, Dokumentation, sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern. Gezielte Entlastung der Fachkräfte, Modellprojekte, enger Austausch mit den beteiligten Akteuren, um Lösungen zu finden und ggf. die Basis für eine gesetzliche Verankerung zu bilden.

Die Grünen: Die in der nächsten Legislatur vorgesehene Evaluation des Kita-Gesetzes soll Verbesserungs- und Handlungsbedarf aufzeigen. Fortbildungszeiten sollen stärker strukturell abgesichert werden. Gemeinsam mit den Akteuren sollen praxistaugliche Modelle entwickelt und Fortbildung als fester Bestandteil der Arbeit in Kitas verankert werden.

Freie Wähler: Mittelbare Arbeitszeiten müssen berücksichtigt werden, ggf. mit einer pauschalen Stundenzahl. Aus Lücken in der Gesetzgebung darf nicht de facto eine Überstundenpflicht entstehen. Beim Thema Sprachförderung gibt es Handlungsbedarf. Es besteht Offenheit für eine verpflichtende gesetzliche Regelung. Es darf aber dadurch keine zusätzliche Bürokratie entstehen. Es wird kein Handlungsbedarf für gesetzlich geregelte Fortbildungszeiten gesehen.

FDP: Rahmenbedingungen in den Kitas müssen so gestaltet sein, dass pädagogische Qualität möglich ist und Fachkräfte professionell arbeiten können. Wie einzelne Zeitkontingente künftig geregelt werden, sollte daher in einem engen Dialog mit der Fachpraxis weiterentwickelt werden. Das Kita-Gesetz hat erstmals Leitungsdeputate sowie Deputate für Praxisanleitung gesetzlich verankert.

Die Linken: Empfehlungen zufolge sollte eine Fachkraft ca. 20–25 % ihrer Arbeitszeit für Verfügungszeiten nutzen können, abhängig von Gruppengröße und Förderbedarf der Kinder. Unser Ziel ist es, einheitliche Standards zu schaffen, die sich an fachlichen Empfehlungen orientieren (z.B. GEW, Berufsverbände, Deutsche Liga für das Kind). Verfügungszeiten sollen zusätzlich zu den regulären Betreuungszeiten gewährt werden. Auch zusätzliche Zeiten für sprachliche Bildung und Anleitung sind kein „Extra“, sondern Qualitätsvoraussetzung. Diese Zeiten sollen in Kita- und Landesgesetzen festgeschrieben, ausreichend bemessen werden und verbindlich für alle Kitas gelten. Das gilt auch für Fortbildungszeiten.

Tierschutzpartei: Gesetzliche Verankerung verbindlicher Verfügungszeiten für pädagogische Fachkräfte, um Vor- und Nachbereitung, Planung und Fortbildung (auch für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigern) fachlich ausreichend zu berücksichtigen. Gesetzliche Verankerung und finanzielle Absicherung von verbindlichen Fortbildungszeiten

Volt: Garantierte und verpflichtende Budgets für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen. Das gilt auch für angehende und amtierende (stellvertretende) Leitungskräfte. Bezahlte Zeiten für Beobachtung, Dokumentation und Vorbereitungszeit. Ist die Fachkraft-Kind-Relation (unser Ziel: 1:3 bei U3 und 1:7,5 bei Ü3) entsprechend gestaltet, bleibt auch Zeit für die mittelbare Arbeit. Garantierte und verpflichtende finanzielle und zeitliche Budgets für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte werden angestrebt.

5. Verbesserung der räumlichen Situation /Annäherung an fachliche Mindestanforderungen

SPD: Zuletzt wurden rund 15 Mio. Euro für die Förderung von Baumaßnahmen bereitgestellt. Dazu kamen zwei Sonderförderprogramme, die u.a. für Sanierungen zur Verfügung standen. 2026 stehen laut Plan 18,75 Mio. Euro bereit. Kita-Bau soll weiter gefördert und die Träger unterstützt werden. Bei Neubauten, Sanierungen und Co soll immer möglichst die gesamte Kita-Gemeinschaft einbezogen werden. Das Land hat gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern im Kitabau-Kompodium die sogenannte Planungsphase Null festgeschrieben. Neubauten, Sanierungen und Co. unterstützt das Land mit der Investitionskostenförderung. Dabei müssen bei der Planung der baulichen Maßnahmen die Bedürfnisse der Kinder, des Personals und der Kita im Sozialraum mitgedacht und eingeplant werden.

CDU: Investitionsoffensive, um Kitas zu sanieren, Lernräume zu modernisieren und neue Plätze zu schaffen. Sonderprogramm für Sanitäreinrichtungen, Küchen und Außenbereiche. Land und Kommunen sollen künftig jeweils 40 Prozent der Bau- und Sanierungskosten tragen, die Träger 20 Prozent. Grundlage dafür sind fachliche Mindeststandards für Innen- und Außenräume. Ein eigenes Landesprogramm für Baukosten soll Kommunen und Träger gezielt entlasten und den Ausbau moderner Kitas sichern. Modellprojekte sollen ermöglicht werden, in denen Träger gemeinsam mit dem Ministerium neue pädagogische Konzepte – inklusive räumlicher Anforderungen – entwickeln und erproben. Die Fachpraxis wird dabei unmittelbar in Planung und Evaluation eingebunden

Die Grünen: Mit Programmen wie KIPKI werden Investitionen in Entsiegelung, Klimaresilienz und bessere Bildungsinfrastruktur bereits unterstützt. Ein weiterer Baustein ist die Investitionskostenförderung für den Platzausbau. Zusätzlich wird ein umfassendes Landesprogramm zur Sanierung von Kitas und Schulen gefordert. Alle im Kita-Alltag beteiligten Personen sollen in die Planung baulicher Maßnahmen mit einbezogen werden, in erster Linie auch die Kinder.

Freie Wähler: Eine flächendeckende Bestandsaufnahme soll konkreten Handlungsbedarfs feststellen. Einbeziehung von Fachverbänden und betroffene Eltern in die Planung. Bürgerbeteiligung bei Neubauten ist sinnvoll, Kommunen müssen konstant besser finanziell durch das Land ausgestattet werden.

FDP: Es besteht ein Zusammenhang zwischen pädagogischer Qualität und räumlichen Rahmenbedingungen. Ein Kita-Startchancenprogramm soll gezielt Investitionen für Einrichtungen mit besonderen Herausforderungen bieten. Moderne Kitas brauchen zeitgemäße bauliche Leitlinien, die Praxisnähe mit Verlässlichkeit verbinden.

Die Linke: Bereitstellung zweckgebundener Mittel von Bund und Land für Neubau, Sanierung und Ausstattung der Kitas. Frühzeitige Beteiligung der Kita-Teams bei der Planung, Schaffung von Workshops und Beteiligungsgremien für Fachkräfte mit Architekt*innen und Trägern, Feedbackschleifen während und nach den Bauphasen.

Tierschutzpartei: Langfristige Unterstützung von Kommunen und Trägern durch verlässliche Landesfinanzierung, nachhaltige Bauprogramme, um ganztägige Betreuung und kindgerechte Räume sicherzustellen. Frühzeitige Einbindung pädagogischer Fachkräfte und Fachberatung in alle Planungsprozesse von Kitas, damit Räume, Ausstattung und Abläufe praxisnah, kindgerecht und entwicklungsförderlich gestaltet werden.

Volt: Grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzierung nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ (Konnexitätsprinzip). Kommunen dürfen keine Bittsteller für Fördergelder sein; die Finanzierung von Infrastruktur muss verlässlich und bedarfsgerecht sein. Massive Investitionen

in die Infrastruktur durch den Bund, wobei Kitas eine zentrale Priorität darstellen. Investitionsrahmen schaffen, der es ermöglicht, Kitas nicht nur als „Aufbewahrungsorte“, sondern als moderne Lebensräume zu gestalten. Die Fachpraxis (Erzieher und Erzieherinnen und Kita-Leitungen) muss als Expertengruppe ihrer eigenen Lebenswelt bereits in der Entwurfsphase von Kita-Bauten verbindlich einbezogen werden. Regelmäßige Bedarfsanalysen, die unter Einbeziehung von Eltern, Fachkräften und externen Fachleuten durchgeführt werden.

6. Qualifizierung von Trägern/Trägerqualität, Fachberatung

SPD: Bereits heute hat jede Kita Zugang zu einer vom Land mitfinanzierten Fachberatung. Es ist Aufgabe der Träger, ein zuverlässiges Angebot von Erziehung, Bildung und Betreuung sicherzustellen. Es wird begrüßt, wenn Träger sich weiter professionalisieren. Für die interne Evaluation hat das Land mit „Qualitätsentwicklung im Diskurs“ ein Instrument zur Verfügung gestellt. Das landesinterne Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit (IBEB) bietet dazu professionelle Begleitung an. Auch die Bedeutung von externer Evaluation wird anerkannt und geprüft, wie man diese umsetzen kann.

CDU: Fachberatung ist zentraler Schlüssel zur Qualitätsentwicklung. Zusätzliche Fachkräfte - etwa für sprachliche Bildung und prozessbegleitende Fachberatung – sollen gesetzlich verankert und durch das Land gefördert werden. Mit Unterstützung der Träger durch zusätzliche Personalmittel und einer gezielten Nutzung des Sozialraumbudgets für eigene Qualitätsmanagement- und Fortbildungskonzepte. Einheitliche und transparente Standards durch Modellprojekte, starke Fachberatung und die gesetzliche Verankerung von Qualitätsentwicklung und Evaluation. Fortbildungsbudgets sollen offen ausgewiesen und mit klaren Zielen verknüpft werden. Nachvollziehbarkeit durch dokumentierte Jahresplanung sowie Berichte über Mittelverwendung. Gezielte und kontinuierliche Personalentwicklung durch mehrjährig gesicherte Budgets.

Die Grünen: Träger sollen unmittelbar Unterstützung und Beratung erhalten und im Zweifel auch pro aktiv, beispielsweise vom LSJV zur Besserung angemahnt werden. Auch die Fachberatung soll ausgebaut werden.

Freie Wähler: Ist-Zustand muss mit verschiedenen Kita-Akteuren analysiert werden. Bei Handlungsbedarf braucht es Reformen. Evaluationen zur Kita-Qualität dürfen nicht zu mehr Bürokratie führen. Zertifizierungen schützen nicht unbedingt vor schlechter Kita-Qualität und mangelndem Kinderschutz. Einheitliche Vorgaben zur Verwendung von Fortbildungsbudgets sind nötig.

FDP: Die Professionalisierung von Trägerstrukturen durch konstruktiven Dialog zwischen Land, Kommunen und Trägern. Wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung sind regelmäßige Evaluationen. Das Kita-Gesetz in Rheinland-Pfalz sieht eine Evaluation vor, die im Jahr 2028 erfolgen wird.

Die Linke: Verbindliche Qualitätsstandards für Fachberatung, die bundesweit oder landesweit gelten. Standards umfassen Qualifikation der Fachberater*innen, Aufgabenbereiche, Betreuungsschlüssel und Beratungsfrequenz. Fachberatungskapazitäten sollen ausgebaut werden. Gesetzliche Verankerung verbindlicher Trägerqualifikation. Träger müssen sich in den Bereichen Pädagogik, Kinderrechte, Inklusion, Personalführung und Verwaltung qualifizieren.

Volt: Stärkung der Fachberatung durch eine nationale Bildungsstrategie, um einheitliche Qualitätsstandards und eine bessere Ressourcennutzung sicherzustellen. Direkte Einbindung in die pädagogische Qualitätsentwicklung vor Ort. Verbindliche Mindeststandards für die fachliche Qualifikation der Träger-Verantwortlichen durch gezielte Schulungen. Garantierte und verpflichtende finanzielle und zeitliche Budgets für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte. Haushaltsmittel müssen an konkrete Ziele geknüpft und jährlich evaluiert werden. Ein öffentliches Dashboard für Staatsfinanzen soll aufzeigen, wie Mittel (auch für Bildung) verwendet werden. Schulen (und perspektivisch Kitas) sollen eigene, bedarfsorientierte Budgets zur freien Verfügung für Personal und Fortbildung erhalten.

Tierschutzpartei: Fachberatung für alle Kitas zugänglich machen, stärken und standardisieren, gesetzlich verbindlich verankern, finanziell absichern. Dazu gehören qualifizierte Fachberater:innen, regelmäßige Supervision, praxisnahe Fortbildungen und klar definierte Qualitätsstandards für Träger. Jede Einrichtung soll nur von Personen oder Organisationen geleitet werden, die fachlich qualifiziert sind. Regelmäßige interne und externe Evaluationen, qualifizierte Fachberatung, Fortbildungen für Fachkräfte sowie klare Qualitätsstandards für Träger und Einrichtungen werden angestrebt. Fortbildungsbudgets müssen transparent gestaltet werden durch klare Richtlinien, regelmäßige Evaluationen und Berichtspflichten.

7. Verwendung des Sozialraumbudgets:

SPD: Hinsichtlich der Weiterentwicklung des Kita-Gesetzes soll das betriebserlaubnisrelevante Personal in der Regel aus dem Sozialraumbudget herausgenommen werden, wodurch mehr Mittel für den Personaleinsatz im Sinne des sozialen Ausgleichs zur Verfügung stehen würde. Sozialraumbudget soll gemeinsam mit der Kita-Familie weiterentwickelt werden.

CDU: Dauerhafte Finanzierung betriebserlaubnisrelevanten Personals über das Sozialraumbudget wird klar abgelehnt. Transparente und verlässliche Betriebserlaubnisplanung muss transparent und verlässlich sein und die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Kitas berücksichtigen. Bestehende Verfahren sollen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt werden

Grüne: Das Sozialraumbudgets darf zukünftig nicht mehr für BE-relevantes Personal verwendet werden. BE-relevantes Personal muss mit regulären Personalkosten abgedeckt werden.

Freie Wähler: Sozialraumbudget muss unangetastet bleiben und darf nicht zweckentfremdet werden, sondern nur verwendet werden, um besonderen Bedarfen im Sozialraum gerecht zu werden.

FDP: Mittel müssen zielgerichtet dort ankommen, wo sie den größten Nutzen entfalten. Bestehenden Regelungen und ihre Wirkungen müssen überprüft und bei Bedarf strukturell angepasst werden.

Volt: Sozialraumbudget darf nicht zweckentfremdet werden. Voraussetzungen vor Ort – wie etwa die Notwendigkeit eines Bustransports im ländlichen Raum – müssen in der Planung und Finanzierung der Betriebserlaubnis zwingend berücksichtigt werden müssen.

Die Linke: Die Linke will, dass Sozialraumbudgets nicht durch Pflichtpersonal aufgezehrt werden. (BE-)Personal muss aus regulären Mitteln finanziert werden, um Sozialarbeit, Präventionsangebote und quartiersbezogene Projekte nicht zu gefährden. BE-relevantes Personal muss vollständig aus den regulären Kita- oder Trägermitteln finanziert werden. Regelmäßige Berichte und Prüfungen, wie Mittel verwendet werden. BE-Personal muss dauerhaft aus Kita-Mitteln oder Landesförderung finanziert werden. Sozialraumbudget bleibt rein für zusätzliche sozialräumliche Maßnahmen.

Tierschutzpartei: Sozialraummittel müssen vollständig für Kita-Sozialarbeit bereitgestellt werden, um die Betreuung, Beratung und Förderung von Kindern und Familien sicherzustellen. BE-Planung muss unterschiedliche Voraussetzungen der Kitas berücksichtigen, z. B. Bedarf an Bustransport, räumliche Gegebenheiten und regionale Besonderheiten.